

Interview

«Sollen wir am Ende unsere Söhne Töchter in den Krieg schicken?»

Die Unternehmerin und SVP-Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher sagt, warum ihrer Meinung nach die CS gescheitert ist. Sie spricht über die Positionierung der Schweiz im Kampf der Grossmächte USA und China – und über das «aggressivste Klimagesetz der Welt».

Interview: Francesco Benini und Patrik Müller

Sie zahlen in Ihrem Unternehmen, der Ems-Chemie, Boni ans Kader aus – in Ihrer Partei fordern aber viele ein Boni-Verbot für Banken. Wie geht das zusammen?

Magdalena Martullo-Blocher: Bei uns sind die Boni abhängig vom kurz-, mittel- und langfristigen Erfolg der Firma. Mit dem Bonussystem der Credit Suisse hat das nicht viel gemeinsam. Das Kader, das die Verantwortung für Erfolg und Misserfolg hat, soll auch danach bezahlt werden. Aber dass CS-Manager massiv vom Erfolg profitieren und den Misserfolg dem Staat überlassen, das geht nicht. Das muss sich ändern.

Hatten Sie geschäftliche Beziehungen zur Credit Suisse?

Nein, ganz bewusst nicht. Ich meide Firmen, die nicht gut geführt sind.

Hätte man das Ende der CS verhindern können?

Ja sicher. Ihr Management verfolgte eine klare Risikostrategie. Aber auch die Politik hat Fehler gemacht.

Welche?

Nach der staatlichen Rettung der UBS wollte die SVP mit den Linken ein Trennbankensystem durchsetzen. Der risikoreichere Teil einer Bank hätte separat in Konkurs gehen können. FDP und CVP hatten das verhindert. Bei der «Too big to fail»-Regelung hat man den Bank-Run, wenn Kunden ihre Gelder abziehen, nicht behandelt. Das Sicherstellen der Liquidität überliess man der Nationalbank. Die CS braucht jetzt so hohe Beträge, dass nicht einmal die Nationalbank dafür eingerichtet ist und der Bund einspringen muss. Allein die Bundesgarantie entspricht 1,5-mal dem jährlichen Bundesbudget!

In der kritischen Phase seit dem vergangenen Herbst, hätte man da anders handeln können?

Das CS-Management versäumte es, Vertrauen zu schaffen, sowohl gegenüber Öffentlichkeit als auch Gross-Aktionären. Niemand stand hin und kommunizierte überzeugend. Die Nationalbank, die Finma und auch der Bund hätten bei der CS darauf hinwirken sollen.

Also auch der damalige Finanzminister Ueli Maurer von der SVP.

Man blieb nicht untätig, die Finma machte der CS Auflagen, aber sie ging wohl zu bürokratisch ans Werk. Ich denke, dass auch Ueli Maurer das Ganze unterschätzt hat. Vielleicht wollte sich das CS-Management aber auch nichts sagen lassen.

Wie verhindert man nun, dass die Schweiz ein drittes Mal einer Bank beistehen muss?

Eine funktionierende «Too big to fail»-Regelung muss nun umgesetzt werden. Das wissen auch die Verantwortlichen der UBS. Sie muss aufzeigen, wie sie sich organisieren will, so dass sie nie mehr vom Staat gerettet werden muss. Es gibt Varianten: keine Geschäfte auf eigene Rechnung. Viel strengere Risikoanforderungen. Höhere Liquiditätsreserven oder Garantien Dritter. Eine Versicherung mit Prämien. Man sollte der UBS etwas Zeit lassen, Sergio Ermotti traue ich einiges zu. Politik und Aufsicht haben die Pläne kritisch zu prüfen und abzunehmen.

Die USA übten Druck auf die Schweiz aus: Sie wollten nicht, dass der US-Teil der Credit Suisse abgespalten und abgewickelt wird.

Ja. Eigentlich hätten die Amerikaner das marode US-Geschäft retten müssen, aber sie liessen uns bezahlen. Ein Beispiel von Grossmachtpolitik. Die USA kontrollieren mit dem Dollar die Finanzmärkte. Wer ausgeschlossen wird, ist tot. Die Europäer versuchten anfangs den Euro als Leitwährung zu etablieren, scheiterten aber. Nun probiert es China. Ob es gelingt? Auch für die Schweiz wären mehrere Leitwährungen besser.

Muss die Schweiz in der Rivalität zwischen den USA und China nicht eindeutig auf der Seite Amerikas stehen?

Wenn man einer Grossmacht, wie jetzt bei der CS, ausgeliefert ist, finden Sie das gut? Gerade für einen Kleinstaat wie die Schweiz ist es doch immer besser, mit der ganzen Welt in gutem Kontakt zu stehen. Die Neutralität lässt das zu.

Die USA und andere westliche Länder verlangen von der Schweiz, dass sie die Wiederausfuhr von Waffen zulässt und mehr Geld russischer Oligarchen beschlagnahmt.

Glauben Sie, dass es bei diesen Forderungen bleibt? Immer, wenn die Schweiz nachgibt, werden neue Forderungen gestellt. Bezüglich Ukraine waren es zuerst Munitionslieferungen, dann Waffen, Panzer und jetzt schon Flugzeuge – und am Ende sollen wir unsere Söhne und Töchter in den Krieg schicken? Diese Forderung habe ich persönlich von EU-Politikern gehört. Wir haben viele Soldaten, in der EU hat nur Frankreich mehr. Es kann nicht sein, dass das Volk an der Nase herumgeführt und Gesetze hinterlistig ausgeschaltet werden. Panzer sollen extra ausgemustert werden für die Ukraine. Auch bei der Masseneinwanderungsinitiative und bei Covid hat man die Demokratie ausgeschaltet. Ich sehe mich als Hüterin der Demokratie.

Bei der aktuellen Blockbildung USA/China steht die Schweiz auf



«Ich sehe mich als Hüterin der Demokratie», sagt Magdalena Martullo-Blocher.

Bild: Christoph Ruckstuhl

der Seite jener, welche die Menschenrechte achten und ethnische Minderheiten nicht in Umerziehungslager stecken.

Was mir Sorgen bereitet: Die chinesische Regierung erklärte bisher, dass sie keine Konflikte, keine harten Auseinandersetzungen wolle. Nun hat die Regierung ihr Repertoire geändert. Es scheint, dass sie die Bevölkerung auf Konfrontation vorbereitet. Das verunsichert die Welt. China und die USA setzen andere Länder unter Druck, sich einem Block anzuschliessen. Für die

Schweiz ist das nicht gut. Wir sind klein, wollen Frieden, mit allen auskommen und Handel treiben. Darum müssen wir an der Neutralität festhalten, auch unter Druck.

Sie als Hüterin der Demokratie finden nicht, dass die Schweiz ins westliche Lager gehört?

Die Schweiz gehört in kein Lager. Sie sollte von keiner Grossmacht dominiert werden. Auch die USA sind nicht wie wir, denken Sie an die militärische Aussenpolitik oder mehrmalige Atta-

cken gegen unseren Finanzplatz. Die Schweiz muss eigenständig ihren Weg gehen und zu friedlichen Lösungen beitragen.

Die Ems ist in China aktiv. Was würden Sie tun, sollte China Taiwan angreifen?

Wir haben alle Szenarien vorbereitet. Aber: Eine Welt ohne wirtschaftlichen Austausch zwischen den USA und China wird massiv an Wohlstand verlieren. Das würde auch die Schweiz hart treffen.

und

Wechseln wir das Thema: Die Schweiz hat das Pariser Klimaabkommen unterschrieben. Im Juni stimmen wir über ein Klimaschutzgesetz ab, das moderat ist. Trotzdem sind Sie dagegen.

Moderat, ist das Ihr Ernst? Es ist das aggressivste Ausstiegsgesetz der ganzen Welt.

Es sind keine Lenkungsabgaben vorgesehen, lediglich Subventionen für den Ersatz von Heizungen und die bessere Isolierung von Häusern.

Ich bitte Sie. Bereits ab 2031, in nur acht Jahren, müssen wir in den Unternehmen, den Haushalten, beim Heizen und im Verkehr den Verbrauch von Heizöl, Gas, Diesel und Benzin halbieren. Diese Energien machen über 60 Prozent unseres Verbrauchs aus!

Die EU verbietet den Verbrennungsmotor weitgehend ab 2035.

Ja, und? Wir sind aggressiver unterwegs: Wir müssen alle Fahrzeuge bis 2031 halbieren. Alternative Treibstoffe sind sehr teuer und nicht ausreichend verfügbar. Es bleibt nur Strom. Wenn man funktionierende Heizungen herausreisst und mit Wärmepumpen ersetzt, zugelassene Autos verschrottet und mit Elektrofahrzeugen ersetzt, braucht es mehr Strom. Darauf geht das Gesetz nicht ein.

«Eigentlich hätten die Amerikaner das marode US-Geschäft der Credit Suisse retten müssen.»

Das steht im Mantelerlass.

Dort geht es nur um die aktuelle Stromlücke. Mit dem fossilen Ausstieg verdoppelt sich diese. Man bräuchte 3000 Gross-Solarkraftwerke oder 5000 Windenergieanlagen in den Alpen als Kompensation. Das ist völlig unrealistisch. Auch der Import aus der EU wäre nicht mehr möglich, da dieser Strom fast zur Hälfte aus Kohle und Gas stammt.

Aber Subventionen gibt es im Gesetz?

Man spricht von 200 Millionen Franken pro Jahr. Der Energieumbau bräuchte aber 400 Milliarden. Wir bezahlen Isolierungen, Umbauten, Umrüstungen, neue Autos und höhere Mieten und Preise. Und haben dann doch zu wenig Strom. Wenn der Strom knapp ist, steigt der Preis. Es werden 6600 Franken höhere Energiekosten pro Person und Jahr erwartet. Mit diesem Gesetz fahren wir das Land an die Wand.

Sie wollen nichts unternehmen gegen den Klimawandel?

Alle wollen fossile Energien ersetzen. Die Schweiz ist hier Weltmeister, wir haben unseren CO₂-Ausstoss seit 1990 bereits um 30 Prozent reduziert. Der Ausstoss der Schweiz beträgt aber nur 1 Prozent der Welt, China allein ver-

braucht in einem halben Tag mehr als wir in einem Jahr. Bei der Ems haben wir bereits vor 15 Jahren von Gas auf Biomasse-Dampf umgestellt. Das grösste Biomasse-Kraftwerk der Schweiz steht bei uns. Seit 2022 sind wir dank Wasserstrom weltweit und an jedem Standort CO₂-frei. Gerade weil wir aktiv sind, weiss ich, dass die Industrie nicht einfach den Schalter umlegen kann. Gewisse Branchen, wie die Stahl- oder die Betonindustrie, würden wohl kaum überleben.

Was würde denn in einem Klimaschutzgesetz stehen, das Sie schreiben?

Wir müssen auf technische Innovationen, die man wirtschaftlich umsetzen kann, setzen. Wir könnten Unternehmen steuerlich begünstigen, die CO₂ reduzieren. Aber vor allem braucht es Investitionen in grosse Kraftwerke. Da gibt es nur Kernkraft, Gas, Öl und Kohle. Persönlich bevorzuge ich Kernkraft, sie ist CO₂-frei und in der Schweiz sicher. Das Volk soll entscheiden. Wenn wir nicht vorwärtskommen, werden wir Gas- und Ölkraftwerke bauen wie in Birr. Wir verwenden dann wieder fossile Energien.

Wollen Sie die bestehenden AKW erneuern?

Es geht um Kraftwerke der neuen Generation. Wegen der Netze und der Akzeptanz wohl an bisherigen Standorten.

Bis ein neues AKW ans Netz geht, dauert es 20 bis 30 Jahre.

Sicher nicht. Heute baut man sie in sieben Jahren. In der Schweiz könnten wir es in zehn Jahren schaffen.

SVP-Energieminister Albert Rösti hat das Klimaschutz-Gesetz recht überzeugend vor den Medien präsentiert.

Er macht seine Pflicht, vertritt den Bundesrat. Sie glauben doch nicht eine Sekunde, dass er jetzt plötzlich für dieses Gesetz ist?

Weite Kreise der Wirtschaft unterstützen das Gesetz.

Viele Unternehmen sind bezüglich Klima nicht mehr frei. Sie fürchten um ihr Image oder Kredite und Investoren. Sie wollen nicht, dass vor ihren Hauptsitzen Klimaaktivisten kleben oder ihre Fassaden mit Farbe beworfen werden. Hinter vorgehaltener Hand sprechen sie anders. Ausserdem melden viele an, dass sie höhere Kosten an die Konsumenten überwälzen müssten.

Unternehmerin, Politikerin, Mutter

Magdalena Martullo-Blocher wurde 1969 in Männedorf ZH geboren. 2001 trat die studierte Betriebswirtschaftlerin in die Ems-Gruppe ihres Vaters Christoph Blocher ein. Nach seiner Wahl in den Bundesrat veräusserte dieser seine Beteiligung an der Ems-Gruppe an seine vier Kinder. Martullo-Blocher wurde CEO der Ems-Chemie Holding AG. Vor acht Jahren trat sie in die Politik ein. Sie vertritt als Mitglied der SVP den Kanton Graubünden im Nationalrat. Mit ihrem Mann Roberto Martullo hat sie drei Kinder. (chm)



Die Corona-Impfung hat viele Leben gerettet.
Bild: Sandra Ardizzone

Corona ist nur noch die vierthäufigste Todesursache

Die neuste Todesursachenstatistik des Bundes zeigt, dass die Gefährlichkeit von Corona zurückgeht.

Ruben Schönenberger

Auch wenn derzeit eine versteckte Coronawelle durchs Land geht, hat das Virus im Sorgenbarometer vieler Leute nur noch einen tiefen Stellenwert. Das hat auch damit zu tun, dass das Virus dank Impfung und Immunität an Gefährlichkeit eingebüsst hat.

Neue Zahlen des Bundesamts für Statistik (BFS) zum ersten Halbjahr 2022 belegen das: Während Corona 2021 noch die dritthäufigste Todesursache war, liegt das Virus neu noch auf Platz 4.

Noch immer sterben aber pro Monat deutlich über 400 Leute an Corona. Ergänzt man die Todesfälle um jene, bei denen Corona nicht als Haupttodesursache, sondern als Begleiterkrankung registriert wurde, steigt die Zahl auf deutlich über 500 Todesfälle pro Monat.

Das heisst auch: Bei vier Fünftel der im Zusammenhang mit Corona stehenden Todesfälle starb die Person an und nicht bloss mit Corona.

Das BFS weiss von doppelt so vielen Corona-Toten

Die Daten zeigen auch, dass die Diskrepanz zwischen dem beim Bundesamt für Gesundheit (BAG) registrierten Corona-Todesfällen und jenen beim BFS nun noch deutlicher auseinandergeht als bisher schon. Während beim BAG im ersten Halbjahr 2022 1387 Corona-Todesfälle vermerkt wurden, waren es

beim BFS 2616 (Covid-19 als Haupttodesursache) beziehungsweise 3233 (inklusive Covid-19 als Begleiterkrankung).

Das die Zahlen auseinandergehen, liegt an der Art der Erfassung. Das BAG schrieb dazu bereits früher: «Die Statistik des BAG ist eine zeitnahe Statistik zu epidemiologischen Zwecken, die aufzeigt, wie viele der Sars-CoV-2 positiven Patientinnen und Patienten in der Schweiz gestorben sind.» Die Todesursachenstatistik des BFS, «die mit wesentlicher zeitlicher Verzögerung publiziert» werde, basiert hingegen auf «Informationen auf dem Todesursachenzertifikat, das vom Arzt ausgefüllt wird».

Doch auch beim BFS ist man sich nicht mehr sicher, wie verlässlich die Zahlen sind. Schon bei der Veröffentlichung der Todesursachenstatistik 2021 sagten die Statistiker, dass

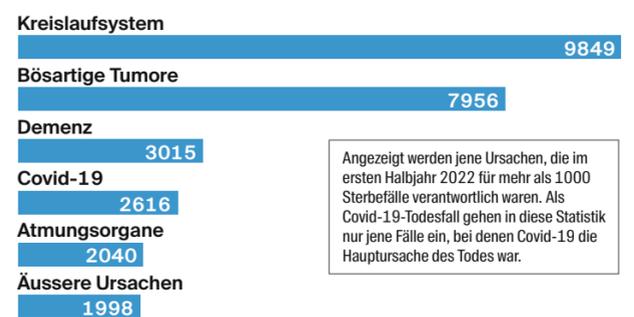
die Covid-19-Todesfälle die Übersterblichkeit nicht mehr vollständig erklären könnten. Es ist aber von einer Dunkelziffer auszugehen.

So gut wie keine Todesfälle wegen der Impfung

Ebenfalls enthalten in den Zahlen sind die Todesfälle aufgrund unerwünschter Nebenwirkungen bei der Anwendung von Covid-19-Impfstoffen. Im ersten Halbjahr 2022 wurden nur zwei solcher Todesfälle registriert. Im gesamten 2021 waren es 19.

Demgegenüber stehen die vielen dank der Impfung geretteten Leben. Die Weltgesundheitsorganisation WHO hat unlängst einen Bericht publiziert, der zeigt, dass durch Impfstoffe allein in Europa und den Ländern der ehemaligen Sowjetunion eine Million Menschenleben gerettet wurden.

Corona war im ersten Halbjahr 2022 nur noch die vierthäufigste Todesursache



Angezeigt werden jene Ursachen, die im ersten Halbjahr 2022 für mehr als 1000 Sterbefälle verantwortlich waren. Als Covid-19-Todesfall gehen in diese Statistik nur jene Fälle ein, bei denen Covid-19 die Hauptursache des Todes war.

Quelle: Bundesamt für Statistik/Grafik: stb

Papst für grosszügige Flüchtlingsaufnahme

Budapest Papst Franziskus besucht Ungarn. In seiner Rede zeigte er sich höflich – zu Themen wie Migration oder Europa fand er vor seinen Gastgeber aber klare Worte.

Franziskus rief dazu auf, Wege und Mittel zu finden, um die vor Konflikten, Armut und Klimawandel Fliehenden in Europa aufzunehmen. Denn das Thema Migration und Flucht werde sich früher oder später

auf alle auswirken. «Deshalb ist es dringlich, dass wir als Europa an sicheren und legalen Wegen arbeiten, an gemeinsamen Mechanismen angesichts einer epochalen Herausforderung, die nicht durch Zurückweisung eingedämmt werden kann, sondern angenommen werden muss», sagte er. Ungarn, regiert vom Rechtskonservativen Viktor Orbán, ist bekannt für seine restriktive Migrationspolitik.

Auch Russlands Krieg gegen die Ukraine kam zur Sprache. Der Papst forderte Anstrengungen für den Frieden: «Ich frage mich mit Blick auf die gequälte Ukraine: Wo sind die Friedensbemühungen? Wo sind sie?», sagte er. «Man hat den Eindruck, dem traurigen Untergang des gemeinsamen Traums von Frieden beizuwohnen, während die Einzelkämpfer des Krieges Raum gewinnen.» (dpa)